

Der abgehängte Sozialstaat

Über die Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen

von Kay Bourcarde

Deutschland ist ein „Sozialversicherungsstaat“:¹ Rund 60 Prozent des Sozialbudgets entfallen auf die fünf Zweige der Gesetzlichen Sozialversicherung.² Dementsprechend sind, wenn über die Finanzierungsnot des Sozialstaats diskutiert wird, damit vor allem auch Engpässe bei den Sozialversicherungen gemeint. Als Ursache hierfür wird meist auf gestiegene Ausgaben verwiesen, so etwa in der Rentenversicherung infolge einer wachsenden Zahl von Ruheständlern oder in der Krankenversicherung durch überproportional zunehmende Medikamentenkosten. In seiner vierteiligen Reihe „Sozialreformen seit 1989“ hat das IWS die vielfältigen Bemühungen der Politik gezeigt, den Finanzierungsschwierigkeiten insbesondere durch Ausgabenkürzungen zu begegnen, ohne dass damit jedoch eine nachhaltige Konsolidierung gelungen wäre. Anknüpfend an diese Studie soll der vorliegende Aufsatz nun für die Einnahmeseite zeigen, weshalb insbesondere solche Erklärungsansätze zu kurz greifen, die eine anhaltende „Wachstumskrise“ als unmittelbare Ursache für Engpässe ausmachen: Zum einen entsprach das durchschnittliche Wachstum des vergangenen Jahrzehnts dem langfristigen linearen Trend und kann daher kaum als Krise bezeichnet werden. Zum anderen lässt sich feststellen, dass weniger das Wirtschaftswachstum zu niedrig, als vielmehr die Partizipation der Sozialversicherungen daran zu gering ist.

1 Finanzierungsengpässe der Sozialversicherungen

Diskussionen um die Finanzierungsnot der Sozialversicherungen sind nicht neu: Spätestens seit Mitte der 1970er Jahre ist immer wieder über die Ursachen sowie über mögliche Auswege gestritten worden. Dabei erhöht nicht zuletzt der Umstand, dass die Finanzierung im Wesentlichen über Beiträge erfolgt, die öffentliche Aufmerksamkeit – sind doch Beitragssatzanhebungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber unmittelbar wahrnehmbar und meist ein mediales Ereignis. Auch dies trägt dazu bei, dass der Streit um Finanzierungsengpässe in den Sozialversicherungen in hohem Maß von Interessen geprägt ist. Bereits die Diagnose, wie groß die Fehlbeträge sind, kann zur Durchsetzung politischer Ziele genutzt werden und den argumentativen Boden für sich daran anschließende Lösungskonzepte bereiten.

Hier soll jedoch nicht der ausgesprochen breite Interessensstreit dargestellt, sondern untersucht werden, welche Finanzierungsschwierigkeiten sich tatsächlich aus der

oftmals diagnostizierten anhaltenden „Wachstumskrise“³ ergeben. Dies ist deshalb so bedeutsam, weil höheres Wirtschaftswachstum zunehmend zum Primärziel erklärt wird, dem sich – ganz im Sinne von „ohne Wachstum ist alles nichts“⁴ – andere politische Vorhaben unterzuordnen haben.⁵

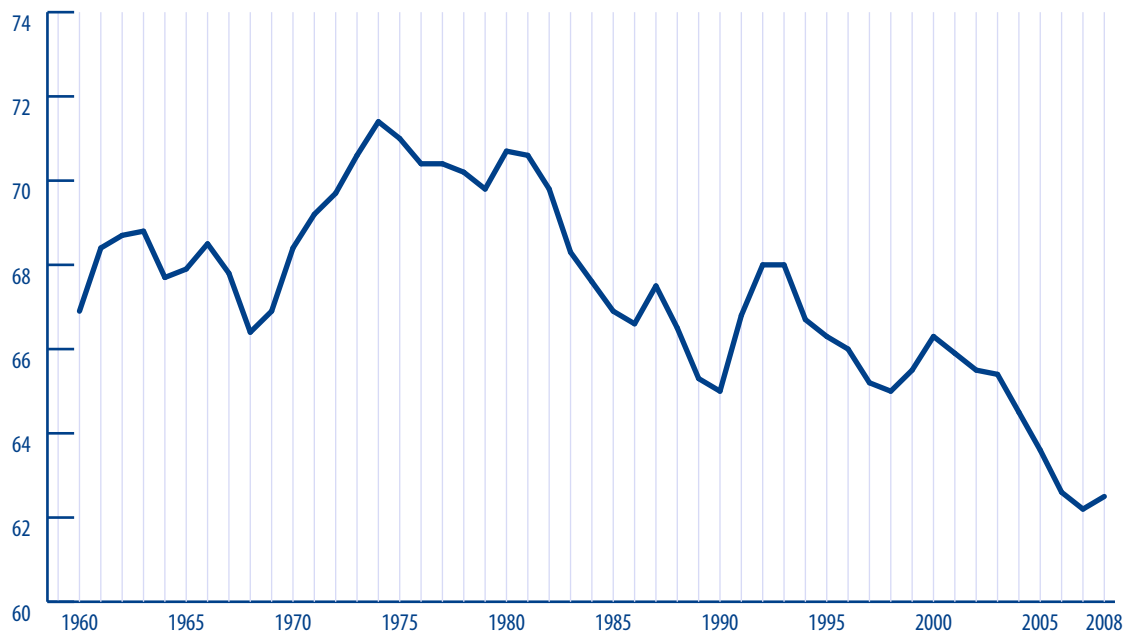
Sinkende Wachstumsraten sind der Normalfall

Die Feststellung, es gäbe eine bereits lange währende Wachstumskrise, beruht auf der Annahme, dass Volkswirtschaften grundsätzlich um konstante Prozentraten wachsen können und Abweichungen von diesem exponentiellen Trend daher auf wie auch immer geartete Wachstumshemmnisse zurückzuführen sind. Wie das IWS in seiner Kernaussage und weiteren Aufsätzen dargestellt hat, muss jedoch ein ‚nur‘ lineares Wirtschaftswachstum – auch im internationalen Vergleich – als Normalfall verstanden werden.⁶ Sinkende relative Wachstumsraten sind somit auch nicht von vornherein als Anzeichen einer Fehlentwicklung zu interpretieren. Sie sind vielmehr das zwangsläufige Ergebnis eines stabilen linearen Trends, der

Grafik

Bereinigte Lohnquote 1960-2008

In Prozent



Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009: Statistisches Taschenbuch 2009, Tab. 9.7.

www.wachstumsstudien.de

© Institut für Wachstumsstudien



für entwickelte Volkswirtschaften als typisch bezeichnet werden kann.

Doch auch wenn es sich bei den sinkenden Zuwachsraten um einen ‚normalen‘ Vorgang handelt, ändert dies nichts an den negativen Folgen, die sich hieraus ergeben können. Die Konsequenzen etwa für den Arbeitsmarkt liegen auf der Hand: Zwar ist strittig, welche Wechselwirkungen genau bestehen. Zudem zeigt das Phänomen des so genannten *jobless growth*, dass Wirtschaftswachstum nicht zwangsläufig mit einem Wachstum an Arbeitsplätzen einhergehen muss. Ungeachtet dessen besteht aber eine grundsätzliche Korrelation zwischen niedrigen Wachstumsraten und steigender Arbeitslosigkeit.⁷ Der Rückgang von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen wiederum führt zum Ausfall von Beitragseinnahmen bei einem gleichzeitigen Anstieg von Sozialausgaben. Insoweit kann also begründet werden,

weshalb fallende Wachstumsraten die Finanzierung der Sozialversicherungen unmittelbar schwächen können.

Finanzierungsgengpässe nicht monokausal erklärbar

Dennoch darf dieser grundsätzlich vorhandene Zusammenhang nicht zu monokausalen Schlüssen führen. Insbesondere sagt die grundsätzliche Feststellung eines Zusammenhangs noch nichts darüber aus, in welchem *Umfang* dies die beobachtbaren Probleme erklärt. So ist zum einen der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nicht allein sinkenden Wachstumsraten, sondern auch einem generellen Wandel auf dem Arbeitsmarkt geschuldet. Insbesondere das so genannte *Normalarbeitsverhältnis* wird seltener, während die Bedeutung von Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung oder Leiharbeit zunimmt: Waren 1998 noch fast drei Viertel (72,6%) der

Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis, waren es 2008 nur noch zwei Drittel (66,0%). Der Anteil *atypischer Beschäftigungsformen* ist im gleichen Zeitraum von 16,2% auf 22,2% gestiegen.⁸

Zum anderen impliziert der Verweis auf eine anhaltende Wachstumskrise eine unmittelbare Kausalität: Weil das Bruttoinlandsprodukt (BIP) langsamer wächst, wachsen auch die Beitragseinnahmen langsamer und können daher mit den gestiegenen Ausgaben nicht Schritt halten. Dem logischen Umkehrschluss nach kann somit nur ein stärkeres Wirtschaftswachstum einen Ausweg aus dem Einnahmeproblem bieten und steigende Beitragssätze verhindern. Nachfolgend soll jedoch mit Blick auf das lineare Wachstum gezeigt werden, weshalb die Einnahmeausfälle weit über das hinausgehen, was sich unmittelbar mit sinkenden Wachstumsraten erklären ließe. Gleichzeitig kann damit begründet werden, weshalb höhere Wachstumsraten keineswegs zwangsläufig zu einer Konsolidierung der Sozialversicherungen führen müssen.

2 Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen

Der Zusammenhang zwischen der Höhe des Bruttoinlandsprodukts auf der einen und den Einnahmen der Sozialversicherungen auf der anderen Seite ist bereits aufgrund des lohnbezogenen Finanzierungsverfahrens kein unbedingter. Relevant ist nämlich zunächst einmal nicht das Wachstum des gesamten Bruttoinlandsprodukts, sondern nur jenes Teils des BIP (genauer: Volkseinkommens), der zur Finanzierung der Sozialversicherungen beiträgt. Im Wesentlichen sind dies die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung.

Vermögenseinkommen steigen, Arbeitseinkommen stagnieren

In Ausgabe 4 (2008) sind die Folgen des linearen Wirtschaftswachstums im Zusammenhang mit den in der Tendenz exponentiell wachsenden Zinserträgen diskutiert worden: Damit Bruttoinlandsprodukt einerseits und Vermögenseinkommen andererseits im Gleichschritt wachsen können, muss das nominale Wirtschaftswachstum dem durchschnittlichen Zinssatz entsprechen. Mit wenigen Unterbrechungen aber unterschreitet das lineare Wirtschaftswachstum seit etwa Mitte der 1970er Jahre regelmäßig das Zinsniveau („Zins-Wachstums-Schere“). Eine Folge davon ist der Rückgang von Realinvestitionen sowie ein im Vergleich zur Wirtschaftskraft überproportionaler Anstieg von Vermögenseinkommen.⁹ So betragen

die Zinserträge 1968 noch 5,5% des Bruttoinlandsprodukts, bis 2008 stiegen sie – lediglich kurzzeitig unterbrochen vom Platzen der Spekulationsblase im Jahr 2001¹⁰ sowie nunmehr erneut von der internationalen Finanzkrise – auf 18,1%.¹¹

Die Arbeitseinkommen hingegen fielen zurück, insbesondere die der abhängig Beschäftigten. Die Löhne profitieren immer weniger am wachsenden Wohlstand, dementsprechend ist die bereinigte Lohnquote seit dem Jahr 2000 auf ein Rekordtief gesunken (von ihrem Höchststand von 71,4% in 1974 auf 62,5% in 2008).¹² Real sind die Nettolöhne zwischen 2004 und 2008 sogar gesunken, eine, wie das DIW urteilt, „in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Entwicklung, denn nie zuvor ging ein durchaus kräftiges Wirtschaftswachstum mit einer Senkung der realen Nettolöhne über mehrere Jahre einher.“¹³

Abkopplung der Sozialversicherungen vom Wachstum

Weil die sinkende Lohnquote in der Auseinandersetzung zwischen den Tarifparteien eine besonders wichtige Rolle spielt, muss an dieser Stelle betont werden, dass hier nicht die Frage der Verteilungsgerechtigkeit behandelt werden soll. Dementsprechend kann beispielsweise auch dahingestellt bleiben, inwieweit die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung ein nur unvollständiges Bild der Einkommensverteilung vermitteln, etwa weil teils auch Lohnempfänger weitere Einkünfte aus Kapitalerträgen erzielen. Was die Finanzierungsgrundlagen der Sozialversicherungen angeht, kann die sinkende Lohnquote hingegen durchaus ein objektives Bild davon vermitteln, dass deren Finanzierungsbasis schmaler wird. Denn gleichgültig, wer im Einzelnen über die überproportional steigenden Vermögenseinkommen verfügt, werden daraus jedenfalls keine Beiträge an die Sozialversicherungen abgeführt. Die Zins-Wachstums-Schere als Erklärungsansatz kann verdeutlichen, weshalb es sich bei der Benachteiligung der Löhne nicht um eine zeitweise Erscheinung handelt, sondern um einen langfristigen und sich weiter fortsetzenden Trend. Diese Entwicklung lässt sich weder durch Forderungen nach höheren Löhnen noch durch höhere Beitragssätze ohne weiteres unterbrechen: Höhere Löhne würden ausgerechnet diejenigen Unternehmen belasten, die ihre Gewinne nicht am Finanzmarkt, sondern durch Realinvestitionen erwirtschaften und die damit auch von den überproportional wachsenden Vermögenseinkommen abgeschnitten sind. Höhere Beitragssätze wiederum würden ebenfalls gerade jenem Teil des Volkseinkommens entnommen, der zur Stagnation ten-

Die Steuerlastverteilung in Deutschland anhand ausgewählter Steuern (1960-2009)

(in Prozent)

	1960	1970	1980	2000	2005	2009 ¹⁾
Lohnsteuer	11,8	22,8	30,6	31,6	28,0	28,1
Umsatz- und Verbrauchssteuern	21,7	17,4	25,6	34,3	36,2	35,7
Gewinnsteuern zusammen	34,7	25,5	24,9	18,3	17,2	20,7

1) Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung

Quelle: Schäfer, Claus: Anhaltende Verteilungsdramatik, in: WSI-Mitteilungen 11+12/2008, S. 592.

diert. Die Finanzierung der Sozialversicherungen, so muss man daher feststellen, ist mittlerweile *strukturell* vom wirtschaftlichen Wachstum abgekoppelt worden.

3 Ausgleich durch Steuerfinanzierung?

Die Sozialversicherungen insgesamt werden zu rund 20% aus Steuermitteln bezuschusst.¹⁴ Daher ist die Frage berechtigt, inwieweit die Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungssysteme durch eine anteilige Steuerfinanzierung durchbrochen bzw. kompensiert werden kann. Dies allerdings setzt voraus, dass die unterschiedlichen Steuern, aus denen die Sozialversicherungen mitfinanziert werden, ihrerseits an der steigenden Wirtschaftskraft partizipieren. Da es hier um die grundsätzlichen Entwicklungstendenzen geht und nicht die Finanzierungsströme in ihrer exakten Höhe betrachtet werden sollen, kann vereinfachend der jeweilige Anteil der Steuerarten am allgemeinen Steueraufkommen mit deren anteiliger Finanzierung der Sozialversicherungen gleichgesetzt werden.

Steigende Steuerbelastung der Lohneinkommen

Hinsichtlich der Steuerbelastung ist langfristig trotz wechselnder politischer Mehrheiten ein klarer Trend zu erkennen. Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist von 11,8% in 1960 auf heute 28,1% gestiegen.¹⁵ Der Teil der Sozialversicherungsleistungen, der direkt über Löhne finanziert wird, hat sich somit um das knapp 2,5fache erhöht. Bereits dieses Beispiel macht deutlich, warum eine Steuerfinanzierung die Finanzierungsbasis nicht zwangsläufig verbreitert: Gerade die mangelnde

Partizipation der Löhne am Wirtschaftswachstum ist die unmittelbare Ursache für die Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen. Vom Ergebnis her macht es aber keinen Unterschied, ob aus dem Lohnaufkommen nun Mittel in Form von *Beiträgen* oder aber als *Steuern* an die Sozialversicherung fließen.

Der zweitwichtigste Posten im allgemeinen Steueraufkommen sind die Umsatzsteuer und sonstige Verbrauchssteuern. Deren Anteil am Gesamtsteueraufkommen hat sich seit 1960 ebenfalls deutlich erhöht und zwar von 21,7% auf 35,7%.¹⁶ Betrachtet man nun, wie sich wiederum das Mehrwertsteueraufkommen in etwa auf die unterschiedlichen Haushaltstypen verteilt, so ist festzustellen, dass davon 32,7% auf Angestellten- und 18,2% auf Arbeiterhaushalte entfallen. Weitere 29,6% tragen Rentnerhaushalte bei (2003),¹⁷ die in diesem Zusammenhang ebenfalls weitgehend den Löhnen zugerechnet werden können. Denn da die Alterseinkommen hauptsächlich von den Beitragszahlern finanziert werden, entspringen die daraus bezahlten Umsatzsteuern ebenfalls dem Lohnanteil des Volkseinkommens.¹⁸ Zusammengefasst werden daher auch etwa drei Viertel des Mehrwertsteueraufkommens direkt oder indirekt aus den Lohneinkommen gespeist.

Spiegelbildlich zur Lohn- und Umsatzsteuer ist der Anteil der Gewinnsteuern, die auch die Steuern der überproportional am Wirtschaftswachstum partizipierenden Kapitaleinkommen beinhalten, seit 1960 signifikant zurückgegangen von ehemals insgesamt 34,7% auf 20,7%.¹⁹ Berücksichtigt man nun die Lohnsteuer selbst sowie den lohnbezogenen Anteil des Mehrwertsteueraufkommens und bezieht dies auf deren jeweils erheb-

lich gestiegene Bedeutung am Gesamtsteueraufkommen, so zeigt sich bei überschlägiger Berechnung, dass sich der Finanzierungsanteil der Löhne an den Sozialversicherungen von unter 30% in 1960 auf heute rund 55% nahezu verdoppelt hat. Hierbei sind weitere Lohn-Anteile in sonstigen Steuern wie Energie- oder Kfz-Steuern noch nicht berücksichtigt.

Steuerfinanzierung kann Wachstumsabkopplung nicht durchbrechen

Wenn der steuerfinanzierte Zuschuss zu den Sozialversicherungen zum überwiegenden Teil auf stagnierende Lohnneinkommen zurückzuführen ist, bedeutet dies zugleich, dass ein ebenfalls überwiegender Teil des steuerfinanzierten Zuschusses nicht mehr an die steigende Wirtschaftsleistung anknüpft. Die Vermögenseinkommen hingegen sind trotz überproportional steigender Partizipation am Volkseinkommen immer weniger an der Steuerfinanzierung beteiligt. Daher ändert sich an der zuvor festgestellten strukturellen Wachstumsabkopplung der Sozialversicherungen nur wenig. Da die Steuerbelastung langfristig zu den Löhnen hin verschoben wurde, hat sich deren Finanzierungsgrundlage im Gegenteil sogar noch verengt.

4 Ergebnis

Die Sozialversicherungssysteme sind derart komplex, dass Finanzierungsprobleme nicht monokausal erklärt werden können. Sowohl auf der Einnahme- wie auch der Ausgabenseite gibt es verschiedene Ursachen für kurz- und langfristig auftauchende Engpässe. Zudem darf man nicht übersehen, dass es vielfach eine Frage der politischen Ausrichtung ist, ob steigende Kosten, sei es nun im Gesundheitswesen oder in der Rentenversicherung, überhaupt als Fehlentwicklung interpretiert werden oder aber als Ausdruck sozialpolitischer Errungenschaften.

Einnahmeausfall von circa 100 Mrd. Euro

Im Bewusstsein dieser Einschränkungen soll nachfolgend versucht werden, die Folgen der aufgezeigten Wachstumsabkopplung zu quantifizieren. Der Umfang der Einnahmeausfälle lässt sich zwar nicht exakt beziffern, dennoch ist es mit einfachen Methoden möglich eine grobe Schätzung vorzunehmen: Setzt man die Gesamtsumme der Löhne einschließlich der so genannten Lohnnebenkosten ins Verhältnis zu den Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen, so zeigt sich, dass die Sozialversicherungen zu rund 40% an der Lohnsumme partizipieren.

Dieser Anteil ist über die letzten fünfzehn Jahre betrachtet recht konstant. Die bereinigte Lohnquote allerdings ist aufgrund des stagnierenden Lohnniveaus zwischen 1995 und 2008 um 3,8 Prozentpunkte gesunken und mit ihr die Beteiligung der Sozialversicherungen am Volkseinkommen. Wären die Löhne hingegen im Gleichklang mit dem Wirtschaftswachstum gestiegen, hätte dies auch zu einer entsprechenden Partizipation der Sozialversicherungen führen können. So aber ergibt sich bei überschlägiger Berechnung alleine für die Jahre 2004 bis 2008 ein kumulierter Einnahmeausfall von etwa 100 Mrd. Euro.²⁰

Wirtschaftswachstum sollte kein Primärziel sein

Beträge dieser Größenordnung lassen erahnen welche konkreten Folgen die zunächst einmal sehr abstrakte Diagnose einer strukturellen Wachstumsabkopplung hat. Zugespitzt ausgedrückt ist weniger das Wirtschaftswachstum zu niedrig, als vielmehr die Partizipation der Sozialversicherungen daran zu gering. Zwar könnte man argumentieren, dass die Finanzierungsschwierigkeiten eine Folge davon sind, dass das Wirtschaftswachstum das Zinsniveau unterschreitet und dass somit letztlich doch ein zu niedriges Wachstum die eigentliche Ursache ist. Im Hinblick auf mögliche Lösungskonzepte aber macht es einen grundsätzlichen Unterschied, ob sinkende Wachstumsraten *unmittelbar* zu Einnahmeausfällen führen oder nur *mittelbar* über den Umweg einer ‚Zins-Wachstums-Schere‘. Im ersteren Fall nämlich erscheint tatsächlich einzig eine Politik als erfolgsversprechend, die ein dauerhaft höheres Wirtschaftswachstum zu ihrem Primärziel macht. Nicht nur aber würde ein deutlich höheres Durchschnittswachstum dem stabilen linearen Trend der vergangenen fünfzig Jahre widersprechen und ist daher unwahrscheinlich, auch die Reaktionsmöglichkeiten seitens der Politik sind weitaus weniger alternativlos als es oftmals – in demokratiethoretisch durchaus bedenklicher Weise²¹ – unterstellt wird. Vielmehr dürften eine Vielzahl von Ansätze denkbar sein, die dazu führen können, dass die Sozialversicherungen wieder stärker am (wenn auch ‚nur‘ linearen) Wachstum beteiligt werden. Dies gilt umso mehr, als dass derartige Strategien weit über Sozialpolitik hinausgehen müssten, sind damit doch grundsätzliche wirtschafts- und ordnungspolitische Fragen verbunden. Das starre Handlungskorsett abzulegen, in dem Lösungen nur auf der Grundlage von „mehr Wachstum“ denkbar sind, mag für die politischen Entscheidungsträger unbequem sein, für eine pluralistische Demokratie hingegen wäre es zweifelsohne ein großer Zugewinn.

Anmerkungen

- 1 Vgl. etwa Schmidt (2005).
- 2 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.) (2008), Sozialbudget, S. 7.
- 3 Vgl. Bäcker (2008), S. 156; vgl. etwa auch Sesselmeier (2006), S. 25; Heinze (2006), S. 51; Schmid (2005), S. 144; Gries (2003), S. 139.
- 4 so CDU Deutschland (Hg.) (2004); Horeld, in: Zeit Online v. 14.09.09.
- 5 Vgl. etwa Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW); „Wir stärken die Familien“, in: Wiesbadener Tagblatt v. 26.10.09; Slavik, in: Süddeutsche Zeitung v. 23.09.2008, S. 5; Herz, in: Die Zeit.
- 6 Vgl. Institut für Wachstumsstudien 2008; Bourcarde/Herzmann (2006).
- 7 Vgl. Allmendinger/Eichhorst/Walwei (2005).
- 8 Vgl. Statistisches Bundesamt (2009), Pressemitteilung Nr. 304. Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird ein Beschäftigungsverhältnis verstanden, das voll sozialversicherungspflichtig, mit mindestens der Hälfte der üblichen vollen Wochenarbeitszeit und mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag ausgeübt wird. Ein Normalarbeitnehmer arbeitet direkt in dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat, was bei Zeitarbeiterinnen und -arbeitnehmern nicht der Fall ist. Von atypischen Beschäftigungsformen wird gesprochen, wenn eines oder mehrere dieser Kriterien nicht erfüllt sind. Dazu zählen neben der Zeitarbeit, Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden Arbeit pro Woche, geringfügige Beschäftigungen sowie befristete Beschäftigungen.
- 9 Vgl. Bourcarde/Anschau (2008).
- 10 Deutsche Bundesbank (2003); Spiegel-Online.
- 11 Deutsche Bundesbank (2009); Statistisches Bundesamt (2009), Tab. 1.1; eigene Berechnungen.
- 12 Statistisches Bundesamt (2009), Tab. 9.7.
- 13 Brenke (2009), S. 550.
- 14 Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (2009), S. T11.
- 15 Schäfer (2008), S. 592.
- 16 Schäfer (2008), S. 592.
- 17 Bach (2005).
- 18 Bei genauer Betrachtung werden die Renten natürlich auch zu rund einem Viertel aus dem Bundeszuschuss zur Rentenversicherung bezahlt, dessen Finanzierungsquellen hier jedoch gerade betrachtet werden sollen. Einschränkend muss bei der Umsatzsteuer berücksichtigt werden, dass – anders als dies bei den Sozialbeiträgen und der Lohnsteuer der abhängig Beschäftigten der Fall ist – auch noch angespartes Vermögen und daraus resultierende Kapitaleinkommen eine Rolle spielen. Dennoch finanzieren sich insbesondere Arbeitnehmerhaushalte zum allergrößten Teil über die Löhne und die Rentnerhaushalte weiterhin zum weit überwiegenden Teil über Rentenzahlungen, vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008), Alterssicherungsbericht, S. 98, 185; Statistisches Bundesamt (2009), Laufende Wirtschaftsrechnung.
- 19 Schäfer (2008), S. 592.
- 20 Statistisches Bundesamt (2009), Tab. 1.8, 7.3, 9.7; eigene Berechnungen.
- 21 Vgl. zur These der Entpolitisierung der Politik etwa Crouch (2005).

Quellen

- Allmendinger, Jutta / Eichhorst, Werner / Walwei, Ulrich: IAB-Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen Daten Fakten (IAB-Bibliothek, Band 1), Frankfurt [Main] [u.a.] 2005.
- Bach, Stefan: Mehrwertsteuerbelastung der privaten Haushalte 2005, URL: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/43845/diw_datadoc_2005-010.pdf (28.10.2009).
- Bäcker, Gerhard: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, 4. Auflage, Wiesbaden 2008.
- Bourcarde, Kay / Anschau, Torben: Zur Unvereinbarkeit des Zinssystems mit linearem Wirtschaftswachstum, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien, Nr. 4, 2008, S. 9–16, online verfügbar unter: http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft4/Unvereinbarkeit_Zinssystem_lineares_Wirtschaftswachstum.pdf (10.05.2010).
- Bourcarde, Kay / Herzmann, Karsten: Normalfall exponentielles Wachstum? - ein internationaler Vergleich, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien, Nr. 2, 2006, S. 4–10, online verfügbar unter: http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Normalfall_exponentielles_Wachstum.pdf (10.03.2010).
- Brenke, Karl: Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 33, 2009, S. 550–560.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Alterssicherungsbericht 2008. Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2008 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI. 2008a, URL: http://www.bmas.de/portal/29492/property=pdf/2008__11__19__alterssicherungsbericht__2008.pdf (7.12.2009).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Sozialbudget 2007. Tabellenauszug, Berlin 2008.
- Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Sozialbericht 2009, URL: http://www.bmas.de/portal/33916/property=pdf/a101-09__sozialbericht__2009.pdf (08.06.2010).
- CDU Deutschland: Beschluss des 18. Parteitages der CDU Deutschlands 2004, URL: http://www.cdu.de/doc/pdfc/12_07_04_Beschluss_Duesseldorf_Wachstum.pdf (02.06.2010).
- Crouch, Colin: Post-democracy, Oxford 2005.
- Deutsche Bundesbank: Zinserträge. Monatsbericht September 2003.
- Deutsche Bundesbank: Zinserträge der Kreditinstitute 2009, URL: http://www.bundesbank.de/download/statistik/bankenstatistik/guv_tab3.pdf (17.12.2009).
- Gries, Thomas: Neue Wachstums- und Innovationspolitik in Deutschland und Europa (Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Band 189), Heidelberg 2003.
- Heinze, Rolf G.: Wandel wider Willen. Deutschland auf der Suche nach Prosperität, Wiesbaden 2006.
- Herz, Wilfried: Alles auf Wachstum, in: Die Zeit, Ausgabe 41/2005.
- Horeld, Markus: Riskante Wette auf die Zukunft, in: Zeit Online v. 14.09.09.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW): Familienpolitik: Langfristiger Wachstumsmotor. IW-Nachrichten v. 16. Februar 2009, URL: <http://www.iwkoeln.de/tabID/2207/ItemID/22909/language/de-DE/Default.aspx> (15.04.2010).
- Institut für Wachstumsstudien: Kernaussage des Instituts für Wachstumsstudien. Edition 2008, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien, Nr. 4, 2008, S. 4–8, online verfügbar unter: http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft4/Kernaussage_Edition_2008.pdf (10.03.2010).
- Schäfer, Claus: Anhaltende Verteilungsdramatik. WSI-Verteilungsbericht 2008, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 11+12, 2008, S. 587–596.
- Schmid, Josef: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005.
- Schmidt, Manfred G.: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 3. Auflage (Grundwissen Politik, Band 2), Wiesbaden 2005.
- Sesselmeier, Werner: Die demographische Herausforderung der Alterssicherung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 8-9, 2006, S. 25–31, online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/files/9JEAEH.pdf> (15.06.2010).
- Slavik, Angelika: Sozialstaat in Gefahr. Kapitalismus-Kritik der SPD: Wirtschaftlicher Fortschritt wurde zum Selbstzweck, in: Süddeutsche Zeitung v. 23.09.2008, S. 5.
- Spiegel-Online: Die wichtigsten Wegmarken des Dax 2008, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,563227,00.html> (10.4.2009).
- Statistisches Bundesamt: Laufende Wirtschaftsrechnung 2007. Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte 2007 nach Gebietsständen. Glied.-Nr : D1 2.7 V Wiesbaden 2009.
- Statistisches Bundesamt: Statistisches Taschenbuch 2009, Wiesbaden 2009.
- Statistisches Bundesamt: Umfang atypischer Beschäftigung hat zugenommen. Pressemitteilung Nr. 304, Pressemitteilung vom 19.08.2009, Wiesbaden 2009, online verfügbar unter: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/08/PD09__304__132,templateId=renderPrint.psm1 (21.04.2010).
- „Wir stärken die Familien“. Interview mit Rainer Brüderle, designierter Bundeswirtschaftsminister, in: Wiesbadener Tagblatt v. 26.10.09.